



Stadt Bern

Region Bern

Kanton Bern

Emmental

Ob- u. Nidwalden

Thun

Ob-

[Startseite](#) | [Lokales](#) | [Kanton Bern](#) | [Fachkräftemangel im Gesundheitswesen: Zögerlicher Kampf gegen den Pflegenotstand](#)Abo **Fachkräftemangel im Gesundheitswesen**

Zögerlicher Kampf gegen den Pflegenotstand

Kürzere Arbeitszeiten, priorisierte Eingriffe, mehr Ausbildungsplätze: Wie Berner Spitalbetriebe und die Politik versuchen, den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

Damaris Hohler

Publiziert: 13.07.2022, 20:19



Dringend benötigt: Pflegende werden in Spitälern immer knapper.

Foto: Keystone

Das fehlende Pflegepersonal belastet das Gesundheitssystem im Kanton Bern. So müssen Bettenkapazitäten reduziert und Operationen teilweise verschoben werden. Einige Spitäler reagieren mit konkreten Massnahmen. Um Berufsabgänge zu vermeiden, verkürzen zwei Institutionen ihre Arbeitszeiten. Viele Betriebe haben die Löhne erhöht. Der Kanton schlägt vor, Eingriffe zu priorisieren, und will in die Ausbildung investieren.

Spitäler: Verkürzte Arbeitszeiten, höhere Löhne und Musikfestival

Ab diesem Monat reduziert die Siloah-Gruppe in Gümligen die wöchentliche Arbeitszeit der Pflegenden von 42 auf 40 Stunden. Bis ins Jahr 2024 soll sie gar auf 38 Stunden pro Woche verkürzt werden. Der Lohn bleibt dabei derselbe. Auch die Berner Lindenhofgruppe verringert ab September die Anzahl Stunden pro Woche: Mit verschiedenen Entschädigungen soll die Arbeitszeit weniger als 40 Stunden betragen. Die Mitarbeitenden können dabei selber bestimmen, ob sie die Stundenreduktion als Freitage, Ferien oder weniger Arbeitsstunden pro Woche beziehen wollen. Die private Spitalgruppe erhofft sich dadurch eine geringere Fluktuation und eine bessere Neurekrutierung.

Mit einer Kampagne möchte die Lindenhofgruppe zudem junge Menschen für den Pflegeberuf begeistern, unter anderem als Partnerin des Musikfestivals Zermatt Unplugged. Für das Inselspital seien Reduktionen der Arbeitszeit zurzeit nicht umsetzbar; sie würden die ohnehin schon knappen Personalressourcen noch weiter strapazieren. «Als Universitätsspital muss die Insel die Aufnahme von schwer erkrankten Patienten gewährleisten können», erklärt Mediensprecher Didier Plaschy. Wie viele weitere Spitäler hat die Insel im April allerdings die Löhne erhöht um 1,5 Prozent. Auch das Spitalzentrum Biel (2,8 Prozent) sowie weitere regionale Spitalzentren und Psychiatrien (1 Prozent) haben die Saläre jüngst erhöht.

Kanton: Nice-to-have-Eingriffe müssen warten

Die kantonale Gesundheitsdirektion (GSI) schlägt vor, Operationen nach ihrer Dringlichkeit abzustufen. «Nice-to-have-Eingriffe» müssten dann hintenanstehen, so GSI-Sprecher Gundekar Giebel. Einige Spitäler machen dies bereits. Das Potenzial an Ausbildungsplätzen schöpften die Spitäler vielerorts bereits aus. Die nächste Aufgabe ist es nun gemäss der GSI, die Pflegenden möglichst lange im Beruf zu halten.

Grosser Rat: Kantonale Ausbildungsoffensive

Im Kanton Bern soll so bald als möglich eine Ausbildungsoffensive starten. Dazu gehören Zuschüsse für Fachhochschulen und höhere Fachschulen sowie Beiträge an Spitäler für zusätzliche Ausbildungsplätze. Dies fordert der Grosse Rat mit einer Motion, die er in der Sommersession angenommen hat. Auch sollen Spitäler mehr Ressourcen für die Ausbildungsbegleitung zur Verfügung haben.

Bund: Umsetzung der Pflegeinitiative

Nach der deutlichen Annahme der Pflegeinitiative ist der Bund nun an deren Umsetzung: In einer ersten Etappe soll mit einer Ausbildungsoffensive die Anzahl Pflegeabschlüsse erhöht werden. Zudem sollen Pflegenden gewisse Leistungen direkt mit der Krankenkasse abrechnen können. Dieses Paket wurde von der zuständigen Kommission des Ständerats bereits gutgeheissen und kommt nächsten Herbst ins Parlament.

Bis die Investitionen gesprochen werden, kann es allerdings noch dauern. Dies hängt vom parlamentarischen Prozess und der Umsetzung der Kantone ab. In einer zweiten Etappe sollen die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals und Abgeltungen für Pflegeleistungen verbessert werden. Die Umsetzung dieses Pakets benötige allerdings noch mehr Zeit, teilte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) mit.

Publiziert: 13.07.2022, 20:19

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

15 Kommentare